



HEISSES EISEN „SCHULDENBREMSE“

GEMEINSAM: AUFBRUCHSSTIMMUNG
• GÖD: RISSE IM BETON • TRARI-
TRARA – DIE POST WAR DA

Menschenrechtspreis 2011

Der diesjährige Menschenrechtspreis für besondere Verdienste um die Umsetzung der Menschenrechte in Österreich wird an *Michael Genner* verliehen.



Er kämpft mit seinem Verein „Asyl in Not“ unermüdlich und mit großem Engagement für die Wahrung des Menschenrechts auf Asyl. Schon seit über zwanzig Jahren ist er als Rechtsberater in Asylverfahren tätig und hat zahlreichen Menschen geholfen, ein Leben ohne Angst vor Abschiebung und Verfolgung zu führen. Er verbindet konkrete Rechtsberatung mit seinem kontinuierlichen politischen Kampf gegen ein menschenfeindliches Rechtssystem. *„Denn es gibt noch viel zu tun, viel Unrecht gehört weggeräumt – und vielleicht kommt ja doch eines Tages, ganz unerwartet, wie so oft in der Geschichte, die große Veränderung, zu der ich meinen bescheidenen Teil beitragen darf“* (Michael Genner in einem Text zu seinem 63. Geburtstag).

Die feierliche Preisverleihung findet in Kooperation mit this human world am 10. Dezember 2011 ab 19 Uhr in der Ovalhalle, Museumsquartier, statt. Das Team der Liga freut sich gemeinsam mit Michael Genner über zahlreiches Erscheinen.

Kritische Literaturtage

Vom 4. bis 5. November 2011 fanden im ÖGB-Gebäude zum zweiten Mal die „Kritischen Literaturtage“ statt.

Zwei Tage lang konnten die BesucherInnen bei der Literaturmesse abseits des kommerziellen Mainstreams in Büchern von über fünfzig Verlagen schmökern. Zahlreiche Buchpräsentationen und Lesungen von El Awadalla, Gerhard Ruiss, Susanne Scholl oder Richard Weihs ließen das BücherliebhaberInnenherz höher schlagen. KollegInnen des Instituts Theater-, Film- und Medienwissenschaft präsentierten zum Beispiel den Sammelband „Jura Soyfer – ein Studienprojekt“, der den in Vergessenheit geratenen österreichischen Dramatiker einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen will. Reges Interesse weckten auch die zahlreichen Infotische von Gewerkschaftsorganisationen und sozialen Initiativen wie Attac, Amnesty International, der Jura Soyfer Gesellschaft, der Österreichisch-Kubanische Gesellschaft oder die Wiener Friedensbewegung. Auch dieses Jahr war die UG mit VertreterInnen ihrer Säulen an beiden Tagen mit einem Infostand vertreten.



Höhepunkt war der Poetry Slam mit Mieke Medusa – die teilnehmenden SlammerInnen texteten bei dem literarischen Vortragswettbewerb zum Thema „zeit? arbeit? geld?“. Das Publikum kürtete Yasmine Hafedh und Markus Köhle zu den SiegerInnen. Für diejenigen, die das versäumt haben: auf <http://www.poetryslam.at/> finden sich aktuelle Poetry Slam-Termine. Einziger Wermutstropfen blieb die geringe BesucherInnenzahl und der geringe Bekanntheitsgrad. Nichtsdestotrotz freuen wir uns auf die nächste KriLit 2012 – mit hoffentlich vielen Verlagen und Organisationen und einem höheren Bekanntheitsgrad. Die alternative Literaturmesse hat es sich verdient.

Rückblick: www.krilit.at und www.flickr.com/photos/augeug/

Ernst Obczovsky ist am 28. Oktober 2011 im 72. Lebensjahr nach einer schweren Operation gestorben. Ernst, der seit seiner Elektrolehre bei Brown-Boveri Mitglied der Gewerkschaft war, ist sein ganzes abwechslungsreiches Berufsleben den Gedanken der Solidarität treu geblieben. Ernst war einer der Leisen und Bescheidenen, er hat sich nie in Funktionen gedrängt, aber wenn ihn seine Fraktion die GE und später die AUGÉ brauchte, war er stets zu Stelle. Ernst, mit seiner Fröhlichkeit und Hilfsbereitschaft, wird uns fehlen. Unser Mitgefühl ist bei seiner Familie.

DIE ALTERNATIVE

IM DEZEMBER

AKTUELL

- Kommentar: Große Staatsschulden gibt es nicht. Seite 3
Schwachsinn Schuldenbremse Seite 5

GEWERKSCHAFT & BETRIEB

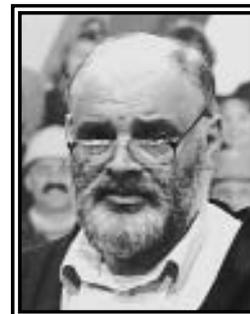
- GÖD: Risse im Beton Seite 10
Krankenanstalten: Kein Plan B? Seite 14
GEMEINSAM: Aufbruchstimmung Seite 16
Trari – trara – die Post war da?. Seite 18
Interview mit PIV/UG Seite 20

MAGAZIN

- Arbeiterkammer: Wertschöpfungsbarometer 2010. Seite 21
10 Jahre „connecting people“ Seite 22

SPEZIAL
Much

. Seite 12



EDITORIAL
von Alfred Bastecky

WERTSCHÄTZUNG

So verwöhnt wurden wir schon lange nicht mehr und gerne berichten wir darüber.

Lisa Langbein, bis vor kurzem Vorsitzende der Unabhängigen GewerkschafterInnen, bekam von ÖGB-Präsident Erich Foglar anlässlich des bevorstehenden Endes ihres gewerkschaftlichen Berufslebens die Goldene Verdienstmedaille des ÖGB (Seite 4).

Der diesjährige Menschenrechtspreis für besondere Verdienste um die Umsetzung der Menschenrechte in Österreich wurde an Michael Genner vom Verein Asyl in Not verliehen (Seite 2).

Seit 10 Jahren gibt es das Projekt „connecting people“ der Aylkoordination. Aus den Händen von Unterrichtsministerin Claudia Schmied empfing das Team dafür den Staatspreis für Erwachsenenbildung (Seite 22).

Die alternative gratuliert herzlich. Von der Wertschätzung zur Wertschöpfung: Die Arbeiterkammer Oberösterreich veröffentlichte ihr jährliches Wertschöpfungsbarometer. Zu vermelden ist ein neuer Rekord bei der Wertschöpfung pro Mitarbeiter: 97.484 Euro. Der Anteil der ArbeitnehmerInnen an der Produktivitätssteigerung ist um mehr als der Hälfte hinter der Produktivitätsentwicklung zurückgeblieben (Seite 21).

Die Debatte um die „Schuldenbremse“ beherrscht seit einiger Zeit die politische Auseinandersetzung in Österreich und der EU. Markus Koza beschäftigt sich im Heftschwerpunkt mit dem heißen Eisen. Fazit: eine Schuldenbremse im Verfassungsrang stellt eine massive Einschränkung der budgetären Handlungsspielräume, insbesondere in Krisenzeiten, dar (Seite 5).

IMPRESSUM Medieninhaber, Verleger: Alternative und Grüne GewerkschafterInnen (AUGE/UG) **Herausgeber:** Unabhängige GewerkschafterInnen im ÖGB (UG/ÖGB)
Redaktion, Satz & Layout: Alfred Bastecky (Koordination), Lisa Langbein, Franz Wohlkönig (Layout) **Alle:** 1040 Wien, Belvederegasse 10/1, Telefon: (01) 505 19 52-0, Fax: -22, E-Mail: auge@ug-oegb.at (Abonnement), alternative@ug-oegb.at (Redaktion), internet: www.ug-oegb.at, Bankverbindung: BAWAG Kto. Nr. 00110228775
Dass namentlich gezeichnete Beiträge nicht unbedingt der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers entsprechen müssen, versteht sich von selbst. Titel und Zwischentitel fallen in die Verantwortung der Redaktion, Cartoons in die Freiheit der Kunst. Textnachdruck mit Quellenangabe gestattet, das Copyright der Much-Cartoons liegt beim Künstler. DVR 05 57 021. ISSN 1023-2702.

GRUNDVERKEHRT

Die grossen Staatsschulden gibt es nicht, weil ich zu sehr in Saus und Braus gelebt habe. *Von Lisa Langbein.*

Im Rahmen der Finanzkrise „mussten“ die Banken gerettet werden. Mit sehr grossen Summen. Von den Staaten. Jetzt sollen die Schulden abgebaut werden. Auf Kosten der Bevölkerung. Anstatt die Finanzmärkte an die Kandare zu nehmen, anstatt ihre Geschäfte zu besteuern, diktieren ausgerechnet diese jetzt die Politik. Leute, da wedelt der Schwanz mit dem Hund.

Sozialstaaten ade

Die europaweit heftigen Proteste gegen die drastischen Verschlechterungen der Lebensbedingungen bleiben fast ungehört. Es wird nicht viel darüber berichtet, und wenn, dann so, als ob das ungehörig wäre. Sparen ist angesagt, sparen wird getrommelt. Wir sollten eigentlich gleich freiwillig auf die Hälfte von allem verzichten. Die Beamten auf ihre Gehälter, die PensionistInnen auf ihre Pensionen, die Arbeitslosen auf die Unterstützung, die Kranken brauchen vielleicht auch nicht gar so viel medizinische Betreuung, die Alten weniger Pflege, die Kinder doch nicht unbedingt öffentliche Schulen und so weiter. Ich sehe deutliche Entschlos-

senheit: das soziale Niveau in Europa soll heruntergefahren werden. Und zwar „ordentlich“. Unsere Armut ist Programm. Österreich ist nur weiter unten auf der Liste.

Demokratie baba

Das Unbehagen über die Bestimmenden nimmt immer klarere Formen an. Viele EU-Gremien, auch die Troika, sind nicht demokratisch legitimiert. Aber sie entscheiden über das Schicksal von Millionen Menschen. Mit der Einsetzung von „Experten“regierungen wird's deutlich: wer hat denn die legitimiert? Durch welche Art von Wahlen sind sie in die Regierung gekommen? Da haben die Griechen eine sozialdemokratische Mehrheit gewählt....tja, blöd gelaufen. Das ist Finanzkolonialismus. Im Neusprech gibt's bereits das Wort postdemokratisch. Das sollte zu denken geben.

Ich glaube wir brauchen dringend Ideen. Wir brauchen offenbar neue Formen des Widerstandes. Wir können doch nicht nur die Augen zumachen und die Schultern einziehen – die Wolken ziehen sicher nicht so einfach vorbei. ■



Die „Goldene“ für Lisa Langbein

Anlässlich des bevorstehenden Endes ihres gewerkschaftlichen Berufslebens verlieh der ÖGB unserer Lisa die Goldene Verdienstmedaille des Gewerkschaftsbundes.

Lisa Langbein – gelernte Krankenschwester – war zunächst Personalvertreterin und Gewerkschafterin bei der Stadt Wien. 16 Jahre begleitete sie als Büroleiterin den Aufstieg der KIV/UG. Die letzten Jahre vertrat sie die Unabhängigen GewerkschafterInnen als deren Vorsitzende im ÖGB-Vorstand. Präsident Foglar betonte, dass sie es als erste Minderheitenvertreterin im ÖGB-Vorstand anfangs sicher nicht leicht hatte. Trotzdem hat sie engagiert die Positionen ihrer Fraktion vertreten und - auch bei vielen Meinungsverschiedenheiten - ihre Loyalität zum ÖGB gezeigt.

Die Regierung auf der Suche nach einer Mehrheit. Eine „Schuldenbremse“ soll in die Verfassung. *Von Markus Koza.*

SCHWACHSINN SCHULDENBREMSE

Nun soll sie also – geht es nach ÖVP und SPÖ – auch in Österreich kommen: Die „Schuldenbremse“. Die „Finanzmärkte“ wollen schließlich beruhigt sein, tönt es aus den Mündern von Kanzler und Vizekanzler unisono, assistiert von Industriellenvereinigung, Wirtschaftskammer und einem breiten medialen Mainstream, dessen Kenntnis ökonomischer Zusammenhänge in etwa jenem der Finanzministerin entspricht. Österreich droht das Triple-A zu verlieren, Österreich muss signalisieren, dass es ihm mit dem Sparen ernst ist. Ein entsprechender Verfassungsentwurf liegt auch bereits vor: Ab 2017 sollen Bund, Länder und Gemeinden einen „strukturell ausgeglichenen“ Haushalt erstellen, was erreicht ist, wenn das „strukturelle“ Defizit nicht über 0,35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) liegt. Ausnahmen von dieser Defizitschranke sollen nur bei „Naturkatastrophen“ oder „außerordentlichen Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen“ zulässig werden (mit einfacher Mehrheit zu



beschließen). Zumindest die automatischen Stabilisatoren (z.B. Arbeitslosengeld) können auch in konjunkturellen Krisenzeiten wirken.

Wird das Defizitziel verfehlt, wird der „Überhang“ in einem Kontrollkonto vermerkt. Überschreitet das zulässige Bundesdefizit auch noch 1,5 Prozent des BIP, muss diese Überschreitung „konjunkturgerecht“ abgebaut werden, sprich, es muss ein entsprechender Plan vorgelegt werden. Im Fall der Länder und Gemeinden wird diese Überschreitung in einem gemeinsamen Kontrollkonto der Länder erfasst, wenn Überschreitungen im Ausmaß von 0,25 Prozent des BIP stattfinden. Ansonsten

gilt für Länder und Gemeinden ein Nulldefizit.

Die „magische Grenze“ (Der Standard vom 16. November 2011) von 60 Prozent maximaler Staatsverschuldung findet sich im Gesetzesentwurf zwar nicht, allerdings ein Hinweis auf bisher gültige EU-Vorschriften in Sachen Staatshaushalt. Bund, Länder und Gemeinden müssen sicherstellen, „dass die Verpflichtungen der Republik Österreich aus Rechtsakten der Europäischen Union zur Einhaltung der Haushaltsdisziplin erfüllt werden.“

UMDEUTUNG DER KRISE

Die Forderung nach einer „Schuldenbremse“ suggeriert, dass die Staatsverschuldung Folge einer unverantwortlichen Budgetpolitik wäre. Man habe „über die Verhältnisse“ gelebt, man habe auf „Kosten künftiger Generationen“ gepiratscht, und, und, und. Einmal mehr wird Ursache und Wirkung verwechselt, findet eine Umdeutung der Krise statt. Festgehalten sei: Die steigenden Staatsschulden sind nicht Ursache, sondern Folge der Krise. Vor Gründung der Eurozone lag der Schuldenstand der heutigen Euro-Staaten bei 72,8 Prozent des BIP. Bis 2007 fiel der Schuldenstand auf 66,1 Prozent. Erst seit der Krise – mit hunderten Milliarden Euro schweren Bankenrettungspaketen für „die Finanzmärkte“, mit Konjunkturpaketen und massiven Steu-



MARKUS KOZA
IST UG-VORSITZENDER,
IM ÖGB-VORSTAND
UND MITARBEITER DER
AUGE/UG IN WIEN.

Bitte umblättern

erausfällen – stieg die Verschuldung der Euro-Staaten 2010 auf 85,4 Prozent (Defizit: –6,2 Prozent). Dieser Schuldenstand macht sich im Vergleich zu den USA – die in wenigen Tagen einen Staatsschuldenstand von rund 100 Prozent erreichen werden – und zu Japan mit rund 200 Prozent beinahe bescheiden aus. In Österreich lag der Stand der Staatsschulden kurz vor der Krise mit 60,2 Prozent knapp an der Maastrichtgrenze von 60 Prozent und stieg mit der Krise 2010 auf 71,8 Prozent. Der Zusammenhang zwischen Krise und Schuldenentwicklung ist offensichtlich. Dennoch wird nun plötzlich die Finanz- und Wirtschaftskrise in eine „Staatsschuldenkrise“ umgedeutet (wobei uns die Finanzkrise in den nächsten paar Monaten wieder einzuholen droht). Und: trotz drohender schwerer konjunktureller Einbrüche in den nächsten Monaten werden, als Reaktion auf die steigenden Staatsschulden, die nur noch als „Schuldenhysterie“ zu bezeichnen sind, allen Ländern radikale Sparpakete verordnet. Beschlossen von konservativ-liberalen Mehrheiten in EU-Rat, Kommission und Parlament im Rahmen des EU-Six-Packs wurden haushaltsrechtliche Richtlinien sowie der Stabilitäts- und Wachstumspakt verschärft.

JEDE MENGE REGELN UND ABERMILLIARDEN AN KONSOLIDIERUNGSBEDARF

Die Forderung nach einer „Schuldenbremse“ suggeriert zusätzlich, dass es bislang keinerlei bzw. unzureichende Budgetrestriktionen, die zu Sparsamkeit verpflichten würden, gäbe. Suggestiert wird auch, dass die Konsolidierungsbestrebungen unzureichend wären. Das ist schlichtweg falsch und totaler Nonsens. Vielmehr das Gegenteil ist der Fall: gerade das österreichische Haushaltsrecht sieht jede Menge an „Ausgabenbremsen“ vor. Und nicht zuletzt der Schuldenabbau der Vorkrisenjahre belegt einmal mehr, dass sowohl Defizite, als auch Staatsschulden zurückgeführt worden sind. Und der Schuldenabbau geht auch munter voran. Und nicht zuletzt die verschärften EU-Regelungen werden diesen noch beschleunigen. Der Konsolidierungsbedarf in Österreich geht in die Zig-Milliarden. Eine Auswahl an

Budgetrestriktionen und den entsprechenden Konsolidierungsbedarf als kleine Erinnerung:

- Erinnert sei etwa an das Bundesfinanzrahmengesetz, das Ausgabeobergrenzen vorsieht, und nach dem bereits der Budgetkonsolidierungspfad bis 2014 beschlossen wurde. Konsolidierungsbedarf bis 2014 insgesamt (nur Bund): rund 12,6 Milliarden Euro, davon rund 4,5 Milliarden einnahmeseitig, 8,1 Milliarden ausgabeseitig.
- Erinnert sei an den innerösterreichischen Stabilitätspakt, der Bund, Länder und Gemeinden zu Haushaltszielen und -disziplin verpflichtet. Ein Instrument, das es so in der BRD etwa nicht gibt. In Artikel 13 (2) der Bundesverfassung ist bereits festgeschrieben, dass „Bund, Länder und Gemeinden ... bei ihrer Haushaltsführung die Sicherstellung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts und nachhaltig geordneter Haushalte anzustreben haben.“

Erinnert sei an die im Rahmen des Six-Pack beschlossene Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Etwa an die „Ausgaberegeln“, die da besagt, dass das jährliche Wachstum öffentlicher Ausgaben die mittelfristige Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes grundsätzlich nicht überschreiten darf. Oder die „Schuldenregel“, die eine Rückführung der Staatsschuld auf sechzig Prozent des Bruttoinlandsproduktes verlangt.

Liegt die Schuldenquote über sechzig Prozent, muss sich der Abstand über die letzten drei Jahre hinweg um durchschnittlich ein Zwanzigstel pro Jahr verringern. Für Österreich, mit einer gesamtstaatlichen Schuld 2010 von rund 71,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (Statistik Austria), ergäbe sich somit ein „Rückführungsbedarf“ von 34 Milliarden Euro, also im ersten „Rückführungs-Jahr“ von zusätzlich 1,7 Milliarden Euro (und in den Folgejahren entsprechend etwas weniger)! Prognostiziert wird bis 2014 allerdings eine Staatsschuld von knapp über 75 Prozent (2012: 74,6 Prozent, 2013: 75,5 Prozent) des Bruttoinlandsproduktes. Der „Rückführungsbedarf“ würde sich dann auf eine Summe von rund 45 Milliarden Euro belaufen! Übrigens: laut Standard vom 16. November 2011 und Aussagen so mancher ÖVP-PolitikerInnen (wieder einmal Finanzministerin Maria



Argumente gegen eine Schuldenbremse in Verfassungs- bzw. Gesetzesrang

- Eine Schuldenbremse in Verfassungsrang stellt eine massive Einschränkung budgetärer Handlungsspielräume – insbesondere in Krisenzeiten dar. Budgetäre Handlungsspielräume sind allerdings bereits jetzt – siehe EU-Vorgaben, Bundesfinanzrahmengesetz, innerösterreichischer Stabilitätspakt – sehr eingeschränkt. Je regelgebundener eine Budgetpolitik ist, desto mehr wird der Budgetprozess – hinsichtlich Erstellung, Begutachtung, Änderung etc. – entdemokratisiert.
- Die Festlegung eines „strukturellen“ – also des konjunkturunabhängigen Anteils – Budgetdefizits hinsichtlich seiner Höhe ist weniger wissenschaftlich, als „politisch“ begründet. Das deutsche Institut für Makroökonomie und Konjunkturpolitik hat für die deutsche Schuldenbremse acht (!) unterschiedliche Berechnungsmethoden gefunden, die sich alle innerhalb des vorgegebenen EU-Rahmens (der bereits viermal revidiert wurde) bewegen. Die Abweichungen hinsichtlich des maximal zulässigen Defizits beliefen sich dabei auf bis zu fünfzehn Milliarden Euro! Es ist schon schwierig festzustellen, welcher Bestandteil eines Defizits konjunkturell, welcher strukturell bedingt ist. Auch das ist über-



wiegend eine „ideologische“ und weniger eine wissenschaftliche Frage.

- Ökonomische Kenndaten haben in einer Verfassung nichts verloren. Insbesondere, wenn diese für einen bestimmten, zukünftigen Zeitraum lediglich prognostizierbar sind und erst im Nachhinein – und da keineswegs immer unumstritten – tatsächlich bestimmt werden können. Dies gilt sowohl für ein „strukturelles“ Defizit, als auch für eine Abgabenquote. Es ist auch der Verfassungsgerichtshof schlichtweg der falsche Ort, es sind Verfassungsrichter die falschen Personen, um festzustellen, ob ein Budget, ob Ausgaben und Einnahmen verfassungskonform sind oder nicht. Budgets sind in Zahlen gegossene Politik, ein Budget sowie Schwerpunkte in Budgets müssen politisch und nicht durch Verfassungsrichter festgelegt werden.

- Die Wirkung von Schuldenbremsen auf „die Finanzmärkte“ sind höchst umstritten. Jedenfalls zeigt – nicht zuletzt die Erfahrung der letzten Wochen – dass massive Sparpakete, wie sie auch Folge von Schuldenbremsen wären, keineswegs zwingend zu einer Beruhigung führen. Ganz im Gegenteil: Beinahe jedem verkündeten Sparpaket folgte ein Downgrading seitens der Ratingagenturen.

- Schuldenbremsen wirken gerade in konjunkturell schwierigen Zeiten prozyklisch, also konjunkturelle Zyklen verstärkend. Sie bieten zu wenig Möglichkeiten zu raschem Gegensteuern.

Fekter im Morgenjournal vom 15. November 2011) soll Österreich dieses Ziel bis zum Jahr 2020 erreichen. Das würde, beginnend mit 2015, Jahr für Jahr einen zusätzlichen Konsolidierungsbedarf von rund neun Milliarden Euro ergeben!

Kommt nun auch die Schuldenbremse (also die Reduktion des „strukturellen Defizits“ bis 2017 auf 0,35 Prozent) beliefe sich der Konsolidierungsbedarf – bezogen auf das Jahr 2012 – auf zusätzliche rund 9,2 Milliarden Euro.

- Konsolidierungsbedarf, bezogen jeweils auf das Vorjahr, beginnend mit 2013, dem Jahr, in dem die Schuldenbremse zu laufen beginnt: 1,58 Milliarden Euro,

- 2014: 1,70 Milliarden Euro,
- 2015: 1,84 Milliarden Euro,
- 2016: 1,99 Milliarden Euro,
- 2017: 2,14 Milliarden Euro.

Abermilliarden, Abermilliarden und noch einmal Abermilliarden werden also „konsolidiert“, an Schulden abgebaut. Und schon ohne Schuldenbremse stellt sich die Frage: woher nehmen? Wer zahlt? Mit Schuldenbremse würde sich diese Frage noch mehr stellen.

ÖSTERREICHS „TEA PARTY“-PARTEIEN

Also: woher nehmen? Die Stoßrichtung der „Tea Party“-Parteien ÖVP, FPÖ und BZÖ – ihres Zeichens auch die eifrigsten EinforderInnen einer Schuldenbremse – ist klar. „No more Taxes!“, also bloß keine Steuererhöhungen. Für die ÖVP kommen Vermögenssteuern auf gar keinen Fall in Frage. Das BZÖ entblödet sich tatsächlich nicht, eine maximal zulässige Abgabenquote in der Verfassung als Bedingung für ihre Zustimmung zu stellen. Und schließlich die FPÖ, die plötzlich so gar nichts mehr von der von ihr sonst so eifrig und fanatisch geforderten „Schuldenbremse“ wissen will und abgesehen von Volksabstimmungen über alles und jedes und „Kein Geld für die Griechen“ natürlich auch „keine neuen Steuern“ zur Bedingung macht.

Gespart werden soll nur ausgabeseitig, die Volkspartei weiß auch schon genau wo: bei den Österreichischen Bundesbahnen, bei Transfers, bei den Pensionen – überall dort, wo „Rotes“ vermutet wird.

„NO MORE TAXES“? SCHLAG NACH BEI SCHWARZ-BLAU

Diese schroffe Ablehnung von höheren Steuereinnahmen zum Schuldenabbau erstaunt dann doch: Denn entgegen dem gern gepflogenen Mythos der „Sparmeister“ der Nation war es ausgerechnet die Schwarz-Blaue Koalition unter Wolfgang Schüssel und dem nicht nur besten, sondern auch schönsten Finanzminister aller Zeiten, die – um ein Nulldefizit zu erreichen – einen Spitzenwert bei der Steuer- und Abgabenquote in Kauf nahm. Unter Beteiligung sämtlicher Rechtsparteien, von FPÖ über BZÖ bis selbstverständlich zur ÖVP.

Unter Schwarz-Blau erreichte die Steuer- und Abgabenquote einen Rekordwert: 46,8 Prozent des BIP flossen als Steuern und Abgaben in den Staatssäckel um das schwarz-blaue Prestigeprojekt „Nulldefizit“ zu realisieren. Zum Vergleich: 1995 lag die Quote bei 43,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. 1999, ein Jahr vor der schwarz-blauen „Wende“, bei 45,9 Prozent. 2009, mitten in der Krise bei 44,3 Prozent, 2010 schließlich bei „nur“ noch 43,7 Prozent. Läge die Steuer- und Abgabenquote heute bei jener des Karl-Heinz Grasser, hätte unsere Republik Mehreinnahmen von 8,9 Milliarden Euro! Das Budgetdefizit würde sich von 3,9 Prozent der BIP (für 2011) auf bis zu 0,8 Prozent des BIP reduzieren. Für 2012 wäre – halten die Defizitprognosen – beinahe ein Nulldefizit möglich! Wohlgermerkt: Nur durch einnahmeseitige Maßnahmen im Umfang schwarz-blauer Steuer- und Abgabepolitik. In absoluten Zahlen: von 1999 bis 2001 erhöhten sich die Einnahmen aus Steuern und Abgaben von 91,4 Milliarden Euro auf 100,1 Milliarden Euro – also innerhalb von nur zwei Jahren um ziemlich genau zehn Prozent. Unter Schwarz-Blau verloren Freiheitliche wie Konservative ganz offensichtlich sämtliche ideologischen Hemmungen und Bedenken, wenn es um Steuererhöhungen zur Erreichung eines finanzpolitischen Ziels ging. Nulldefizit war angesagt, das war der Schlag einer sonst eher durch Skandale und freiheitliches Regierungsunvermögen auffallenden Regierung.

Bitte umblättern

BEGEISTERUNG FÜR SCHULDENBREMSE NIMMT AB

Wer bringt die Zwei-Drittel-Mehrheit für diesen ökonomischen Schwachsinn? ÖVP- und SPÖ-Chef werden inzwischen ungeduldig, ob der Forderungen der Opposition und der Nichtbereitschaft so mir nix, dir nix der Koalition den Segen zur Schuldenbremse zu geben. Appelle an die „staatspolitische“ Verantwortung verpuffen angesichts der Tatsache, dass die Schuldenbremse ein Unsinn ist, zusehends auch innerhalb der Regierungsparteien.

Die SPÖ-Basis war ohnehin immer dagegen, die „ablehnende bis skeptische“ Haltung der sozialdemokratischen GewerkschafterInnen fand – nach einer mehrere Tage dauernden Schreckminute – in ÖGB-, GPA-djp und Arbeiterkammer-Beschlüssen ihren Niederschlag. Selbst die ÖVP-nahe Arbeiterkammer-Fraktion hat diesen Beschlüssen zugestimmt (nicht aber die von GöDlerInnen dominierte FCG-Fraktion im ÖGB-Vorstand). Vollkommen zu Recht wird befürchtet, dass eine Schuldenbremse vor allem als Wachstums- und Beschäftigungsbremse wirkt und vor allem – jedenfalls von konservativer Seite – für einen Kahlschlag im Sozial- und Bildungsbe- reich genutzt werden soll.

Die potentiellen Mehrheitsbeschaffer – und sie seien gewarnt davor! – in Grün, die einer Schuldenbremse in Verfassungsrang ohnehin eher ablehnend gegenüberstehen, fordern Vermögenssteuern und „sinnvolles“ Sparen, was auf die erwartete Ablehnung seitens der ÖVP stößt. Die Freiheitlichen – neben BZÖ eigentlich logischer Zustimmungspartner – verweigern sich natürlich beharrlich. Schmälern doch milliardenschwere Sparpakete unter Zustimmung der FPÖ die Wahlchancen empfindlich. So richtig ernst gemeint hat mans ja doch nicht. Bleibt das „Bündnis Zukunft Österreich“, das mit der wahnsinnigen Forderung nach der „Abgabenbremse“ in der Verfassung logischerweise auf Widerstand der SPÖ stoßen muss.

Der SPÖ bleibt vielleicht doch noch das von ihrem Vorsitzenden bestimmte Schicksal erspart, den „nützlichen Idioten“ für eine neokonservative, neoliberale wirtschaftspolitische Agenda in Österreich zu geben ...



ÖGB und Arbeiterkammer:

„Skeptisch bis ablehnend“ zu Schuldenbremse in Verfassung

Nach einem einige Tage andauernden Schockzustand – nur die Unabhängigen GewerkschafterInnen bezogen in diesem Zeitraum als einzige Gewerkschaftsfraktion klar Position gegen die Schuldenbremse – fassten der Österreichische Gewerkschaftsbund und die Arbeiterkammer doch ziemlich klar und unmissverständlich Beschlüsse gegen eine verfassungsmäßige Verankerung. „Skeptisch bis ablehnend“ stünden AK und ÖGB einer Schuldenbremse gegenüber, da diese „als Vorwand für Kürzungen am Sozialsystem“ verwendet werden könnte.

Um „Staatsverschuldung zu bremsen“ fordern die Interessenvertretungen der ArbeitnehmerInnen die „Bekämpfung der Schuldentreiber“, zu der eine „Schuldenbremse allerdings nichts beiträgt“.

Die Schuldenbremsen sind dabei:

- ein krisenanfälliges Finanzsystem, das Bankenrettungen notwendig macht
 - steigende Arbeitslosigkeit und fehlendes Wachstum, die die Steuereinnahmen senken und zu höhere Ausgaben führen
 - unzureichende Beiträge von Reichen bzw. Unternehmen und Bauern
- Statt einer Schuldenbremse fordern Arbeiterkammer und ÖGB – die sich zu einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben bekennen – u.a.:
- einen Spielraum für konjunkturelles Gegensteuern
 - Rückführung der Schulden „wesentlich“ auf der Einnahmenseite – durch Vermögensteuern, Finanztransaktionssteuer und Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung



- keine verfassungsrechtliche Festschreibung von Schuldenobergrenzen und Abgabequoten
- die verfassungsrechtliche Verankerung von sozialen Grundrechten
- Spielräume für Beschäftigung, für Offensivmaßnahmen und für die Verbesserung des Sozialstaates

Dieser Beschluss fand in der Arbeiterkammer die Zustimmung aller Fraktionen – also auch des ÖAAB-FCC. Im ÖGB-Vorstand dagegen enthielt sich die hier GÖD-dominante FCC Fraktion der Stimme. Die UG unterstützt in der AK (als AUG/UG) wie auch im ÖGB die Positionierung der Interessenvertretungen zu einer Schuldenbremse, sieht sich dabei allerdings nicht als „skeptisch“, sondern als klar und unmissverständlich „ablehnende“ Fraktion.

BUDGETKONSOLIDIERUNG? ABER SICHER OHNE SCHULDENBREMSE

Es gibt tatsächlich jede Menge Einsparungspotentiale, die es zu nutzen gilt: etwa die 1,3 Milliarden Euro schwere steuerliche Förderung privater Pensionsvorsorge. Die Steuerprivilegien der Landwirtschaft im Umfang von vierhundert bis fünfhundert Millionen Euro. Die Steuergeschenke an die Selbständigen in Form eines „fiktiven“ 13. und 14. Monatsgehalts im Umfang von 160 bis 300 Millionen Euro. Und: die Arbeitslosigkeit, die 2,7 Milliarden Euro für hunderttausend Arbeitslose kostet. Ohne Zweifel gibt es auch in der Verwaltung – etwa in der Schulverwaltung mit ihren vielen Ebenen – Sparpotential. Das ist die eine Seite. Die andere ist: Die Verursacher der Krise und der Krisenkosten haben gefälligst für den verursachten Schaden aufzukommen. Die infolge der Krise entstandenen Schulden müssen von jenen abgebaut werden, welche von den Rettungsaktionen besonders profitierten. Das sind die Vermögenden, die Finanzmarktakteure, die SpitzeneinkommensbezieherInnen. Das bedeutet natürlich eine höhere Steuer- und Abgabenquote, allerdings sozial treffsicher und ohne negative Beeinträchtigung der Konjunktur. Und das heißt natürlich, dass beim Sozialstaat, jener Einrichtung, welche bei der Bewältigung der Krise besonders dienlich und hilfreich war, nicht gespart werden darf. Das bedeutet auch, dass eine weitere Selbstbeschränkung nationaler Budgetpolitik nicht beschlossen werden darf, will die Politik auf Krisen reagieren können.

„FINANZMÄRKTE“: KEINE BERUHIGUNG DURCH SCHULDENBREMSEN

Dass Schuldenbremsen, massive Sparpakete, Kürzungen im Sozialstaat etc. „Finanzmärkte“ ganz offensichtlich kaum beruhigen zeigen Länder wie Griechenland, Portugal, Italien, aber selbst die BRD. Während für erstere massive Sparpakete zur „Beruhigung der Finanzmärkte“ in massiven „Downgradings“ mündeten, bis hin, dass Staatsanleihen in Griechenland und Portugal zu Ramsch erklärt wur-

den, tut sich selbst die BRD schwer – trotz ökonomisch günstiger Situation und trotz Schuldenbremse – Anleihen am Markt zu platzieren (auch wenn der Grund dafür wohl vor allem im Versuch zu suchen ist, diese mit einem unter Inflationsrate liegenden Zinssatz auf den Markt zu bringen).

Wer spart, wer Ausgaben kürzt, dämpft Wachstum und Konjunktur, was wiederum zu geringeren Steuereinnahmen, zu höheren Ausgaben für Arbeitslosigkeit und damit zu höheren Staatsschulden führt. Es ist ein Teufelskreis, der von „Schuldenbremsen“ nur noch verstärkt wird. Schuldenbremsen halten also nicht einmal das, was sie vorgeben zu versprechen.

... NÜTZEN ABER DER FPÖ

Was eine Schuldenbremse allerdings verspricht: ein weiteres Erstarken der Freiheitlichen. Kurioserweise ausgerechnet jener Partei, die – wie schon erwähnt – die eifrigste Fürsprecherin für eine Schuldenbremse war und ist. Die Kampagne läuft ohnehin schon: Während für „unsere Leut“ alles gekürzt wird, kriegt’s „der Grieche“ – eh schon wissen – wohin geschoben. Die FPÖ darf sich auf ein Comeback von Blau-Schwarz freuen und von ungarischen Zuständen träumen. Diese Horrorvorstellung sollte Beweggrund alleine sein, zur Schuldenbremse klar „Nein“ zu sagen ...

Quellen, Anmerkungen zum Text: die im Artikel angeführten Abgabe- bzw. Schulden- und Defizitquoten stammen aus dem Datenmaterial der Statistik Austria (für Österreich) bzw. von Eurostat (für Eurostaaten). Die in diesem Beitrag verwendeten Abgabenquoten beziehen sogenannte „imputierte“ Sozialversicherungsbeiträge ein. Dabei handelt es sich v.a. um für Beamte geleistete Pensionszahlungen, die durch SV-Beiträge nicht gedeckt sind. Es wird sozusagen ein „fiktiver“ Sozialversicherungsbeitrag angenommen und mit einberechnet. Andere Berechnungsarten für Abgabequoten beziehen diese imputieren SV-Beiträge nicht ein. Sie sind daher nicht „falsch“, sondern es liegt ihnen nur eine andere Berechnungsweise zugrunde. Der geschätzte Konsolidierungsbedarf bei Einführung einer Schuldenbremse beruht auf Berechnungen der AK-Wien, welche auch im Positionspapier des ÖGB angeführt sind.

Die Unabhängigen GewerkschafterInnen im öffentlichen Dienst und bei den Ausgegliederten sorgen mit einem Initiativantrag zum Bildungsvolksbegehren und der Kandidatur für den GÖD-Vorstand für Bewegung am GÖD-Kongress. *Von Reinhart Sellner.*

RISSE IM BETON

Zehn ordentliche UGöD-Delegierte von über 600 Delegierten (rund 400 FCG, 200 FSG) verschafften mit einem Initiativantrag den Anliegen des Bildungsvolksbegehrens die der Bildungsfrage zustehende Aufmerksamkeit am GÖD-Bundeskongress. FCG und FSG hatten nämlich keinen Leitantrag Bildung zustande gebracht und die Notlage der Universitätsbediensteten, wissenschaftliches und allgemeines Personal, fanden nur in den Wortmeldungen von Unabhängigen GewerkschafterInnen die Beachtung, die diesem Bereich zukommt.

Das Volksbegehren war im Vorfeld des GÖD-Kongresses von der fcg.GÖD aus standes- und parteipolitischen Gründen und ohne Diskussion mit befürwortenden KollegInnen nicht offen abgelehnt, aber hintergründig hintertrieben worden. Der ÖGB, alle anderen Teilgewerkschaften und die AK unterstützten das Volksbegehren, ebenso die Industriellenvereinigung, SozialdemokratInnen, Grüne und zahlreiche NGOs, darunter die ÖLI-UG. Für die GÖD als Vertreterin der ArbeitnehmerInneninteressen im öffentlichen Sektor waren Kindergartenausbau, gemeinsame Schule, Ganztagschulen und mehr Geld für Unis und Bildung = zusätzliche Arbeitsplätze, bessere Arbeitsbedingungen für öffentlich Bedienstete und Ausgegliederte bis zum Eröffnungstag des Bundeskongresses kein Thema.

VolksbegehreInnen hatten die Idee, am GÖD-Kongress, der zeitgleich mit der Eintragungswoche tagte, eine öffentliche Diskussion zu versuchen und damit noch einmal fürs Unterschreiben zu mobilisieren. UGöD-Delegierte formulierten einen Initiativantrag, der die Unterstützung von FSG-

KollegInnen fand, die mit dem ÖVP-Kurs der fcg.GÖD nicht einverstanden sind – damit waren die vorgeschriebenen 64 Unterschriften gegeben und der Antrag musste diskutiert und abgestimmt werden.

Dieser Antrag und die Kundgebung der VolksbegehreInnen vor dem Austria Center, die eine Grußbotschaft an den GÖD-Bundeskongress vortragen wollten, veranlassten Fritz Neugebauer dazu, Daniel Landau (LehrerInnen für das Bildungsvolksbegehren) und Johanna Zauner (Katholische Jugend, Vorsitzende der Bundesjugendvertretung) am zweiten Kongresstag Redezeit und Redezeit zu gewähren. Ohne von Zwischenrufen gestört zu werden, hörten die Delegierten über die sozial- und demokratiepolitische Dimension von Bildung, auch von der menschlichen und der wirtschaftlichen Notwendigkeit von Schulreform, die gemeinsame Schule inbegriffen. Damit war die öffentliche Diskussion in der GÖD eröffnet. Reden, Zuhören, Streiten statt Totschweigen und Aussitzen.

Die konkreten Beschlüsse des GÖD-Kongresses haben weder der Appell von Landau und Zauner noch der Initiativantrag in Richtung Reformbereitschaft und Nachdenklichkeit beeinflusst. Noch nicht. Sie haben aber deutlich gemacht, was die fcg-Vorsitzenden den LehrerInnengewerkschaften und was die GÖD insgesamt der schweigenden fcg.GÖD-Mehrheit zumutet:

Quin (AHS), Kimberger (APS) und ihre schwarzen Vorsitzkollegen, die in den Monaten vor dem Kongress keinen gemeinsamen Leitantrag Bildung zusammengebracht haben, sahen sich veranlasst, ihrerseits einen „Initiativantrag der Vorsitzenden“ einzubringen, von dem FSG- und ÖLI-UG-stellvertre-

tende Vorsitzende erst unmittelbar vor der Abstimmung erfuhren, ebenso die übrigen Delegierten. Über sechs Seiten Antragstext wurden vom Diskussionsleiter dieses letzten Tagesordnungspunktes zur Abstimmung gebracht. Während der Diskussion wurden eilige 50 Exemplare vors Podium gelegt, für 600 Delegierte, Lesezeit keine. Das Verweisen dieses Überraschungsantrags an den Vorstand (Antrag UGöD, FSG) war nichts für den Neugebauer-Nachfolgekandidaten Norbert Schnedl: Schluss der Debatte und Antrag auf uneingeschränkte Annahme. Er wurde mit großer fcg-Mehrheit angenommen – gegen die Stimmen von FSG, UG und der fraktionsunabhängigen UniversitätslehrerInnen.

„Unsere Vorsitzenden vertreten die Mehrheit und wissen was die Mehrheit der Lehrer will.“ (Schnedl). „Unser gutes Schulwesen kann verbessert werden, aber nicht durch die Gesamtschule, sondern durch noch mehr Differenzierung. ‚Suum cuique‘ sagt schon der antike Philosoph, zu gut Deutsch: Jedem das Seine!“ (AHS-Vorsitzender Quin) „Lehrer brauchen wegen der zunehmenden Verhaltensauffälligkeiten von Schülern mehr Erziehungsmittel, wenn vorgeladene Eltern nicht in die Schule kommen, sind sie bei der Jugendwohlfahrt anzuzeigen.“ (APS-Vorsitzender Kimberger).

Der Initiativantrag auf Unterstützung des Bildungsvolksbegehrens, als erster Initiativantrag am 8. November eingebracht, kam am 10. November als allerallerletzter zur Abstimmung. Kalkül: Überholt, weil die Eintragungsfrist in wenigen Stunden endet und weil viele Forderungen in Einzelanträgen des GÖD-Kongresses ohnehin enthalten sind. Als Diskussionsauslöser hat er

funktioniert, Medien haben darüber berichtet, dass es in der GÖD nicht nur Neugebauers „schwarze“ Betonfraktion gibt, sondern auch parteiunabhängige GewerkschafterInnen, die, wie viele sozialdemokratische Delegierte (Ausnahme Zahradnik, stv. AHS-Vorsitzender), in Opposition zur ÖVP-Mehrheit stehen. Es gibt Risse im Beton. Diese unendliche Geschichte wollten die

hin: Fritz Neugebauer erklärte gegenüber einzelnen UgöD-Delegierten, dass man ja den Sellner zu Vorstandssitzungen einladen werde, also irgendwie fast eine Fraktionsanerkennung. Ähnliche Neugebauer-Zusagen gibt es schon seit inzwischen 15 Jahren. Die Unabhängigen, im ÖGB und in anderen Gewerkschaften als Fraktion anerkannt und im Vorstand vertreten, werden ein-

2009 mit dieser Hauptforderung in die Personalvertretungswahlen gegangen, haben diese Forderung auf jedem der wenigen Zentralvorstände (auf GÖDisch: Bundeskonferenz) eingebracht, zuletzt im Frühjahr 2011, als wir Aktionen gegen das restriktive Finanzrahmengesetz der SPÖ-ÖVP-Regierung vorgeschlagen haben. Beim Bundestag der AHS-Gewerkschaft wurde dieser Antrag zwar inhaltlich auf AHS-Dimensionen zurechtgestutzt, ÖGB und AK als Verbündete der GÖD mussten ebenfalls herausgenommen werden, aber die Überschrift und die Grundintention blieb erhalten. Dass der Inhalt dieses Antrages in keinen der großteils verschwommenen Leitanträge aufgenommen wurde, sondern als einer von vielen Bildungsanträgen abgestimmt wurde, tut dem Erfolg keinen Abbruch: Kalkül 1 (Annahme) und Kalkül 4 (an den ÖGB) und beides



UGöD-Pressekonferenz im Cafe Eiles, 4. November 2011. V.l.n.r.: Dietmar Mühl (Berufsschullehrer), Beate Neunteufel-Zechner (ÖNB, Vorsitzteam UGöD), Reinhart Sellner (AHS-Lehrer, Vorsitzteam UGöD)

Unabhängigen 2011 zu einem guten Ende bringen. Laut GÖD-Statut müssten alle Gewerkschaftsorgane nach Stärkeverhältnissen der WählerInnengruppen bei Personalvertretungs-, Betriebsrats- und Gewerkschaftswahlen zusammengesetzt werden. Da die Vertretung im Vorstand über die Fraktionsanerkennung und die Besetzung eines Referates samt Infrastruktur in der GÖD entscheidet und da der UGöD nach den GÖD-offiziellen Stimmenverhältnissen nach dem d'Hondtschen Wahlauswertungsverfahren das 14. von 18 Vorstandsmandaten zusteht, beschloss die UGöD Reinhart Sellner als Kandidat für den Vorsitz zu nominieren. Die Wahlvorschlagskommission, bestehend aus FCG und FSG beschloss einstimmig, einen reinen FCG-FSG-Vorstand wählen zu lassen. Der üble Rechentrick: Vorsitzender Neugebauer und seine 5 StellvertreterInnen werden nicht zum Vorstand gezählt, bleiben 12 „weitere Vorstandsmitglieder“. Vorschlag der UGöD an die Delegierten: Schreibt Reinhart Sellner auf dem Vorstandsstimmzettel dazu, und da das Statut keine fixe Vorstandszahl kennt, braucht ihr auch niemand zu streichen. Das Wahlergebnis wurde ohne die Zahl der Stimmen für den UgöD-Vertreter genannt. Da der UGöD nur 10 Delegierte zugestanden worden sind, wären schon 20 oder 30 ein bemerkenswertes Ergebnis. Net amoi ignorieren. Immer-

mal mehr das intransparent tagende GÖD-Schiedsgericht anrufen und die Aufhebung der statutenwidrigen Zusammensetzung des Vorstandes einfordern. Nutzt das nix, bleibt die zivilrechtliche Klage gegen den ÖGB, den Dachverein der Teilgewerkschaften, die keine eigene Rechtspersönlichkeit haben, als letztes, bisher nicht wahrgenommenes Rechtsmittel zur Durchsetzung von demokratischen, in den Vereinssatzungen festgeschriebenen Mitglieder-Rechten.

Anerkennung für die UGöD hat es dennoch gegeben. KollegInnen anderer Fraktionen haben uns nicht wie früher mitleidig ihr Beileid ausgesprochen, sondern unsere Argumente aufgegriffen, für unsere ungebrochene sachlich-freundliche Wahrnehmung von KollegInneninteressen Respekt gezeigt und mehrmals und irritiert gefragt, woher wir die Kraft nehmen, trotz fortgesetzter Nichtachtung und auch offener Demütigung durch Neugebauer und andere Spitzenfunktionäre (alle männlich) engagierte GewerkschafterInnen zu bleiben, seit 10 und 15 Jahren.

„GÖD einstimmig für ein Konjunkturpaket Bildung Soziales und öffentlicher Dienst: Annahme durch den Kongress und Weiterleitung der Forderung an den ÖGB“ – Diesen UGöD-Antrag haben wir bis zum GÖD-Bundeskongress durchbringen können. Wir sind

einstimmig – das haben nur wenige Anträge geschafft. Und die UG im ÖGB kann sich auf diesen GÖD-Beschluss berufen, wenn es gegen die Schuldenbremse geht, mit der Reiche, AnlegerInnen und FinanzspekulantInnen abgesichert und ArbeitnehmerInnen weiter zusammengestaucht werden sollen. Weil diese anscheinend geduldiger und weniger sensibel sind als die Finanzmärkte und das Schicksal überhaupt.

Risse im Beton sind zu wenig. Wenn widerständige Initiativen – bewährte und neue – bei den Betriebsratswahlen 2011 und den nächsten Personalvertretungswahlen solidarisch beleben können, dann wird's den Beton zerbröseln. Wenn, dann. Why not? Wir lernen im Gehen, auch beim Hinausgehen ans Rednerpult des GÖD-Kongresses, nachhaltiger an den Dienststellen und in den Betrieben, mit den KollegInnen und für sie.

GET UP, STAND UP
Stand up for your rights
Get up, stand up
DON'T GIVE UP THE FIGHT!
Bob Marley



VORSCHAU 2011

€

GEBTS IHM ENDLICH DEN GNADENSCHUSS

WIR AR...
UNERMÜD...
ALLE HA...
"SCHULDEN"

VIELLEICHT
SCHULDENTURBO?

AUF FACEBOOK
AUCH DEINE F...
ZEIGEN. W.FAY...
ANHIES 4 MILLION...
DARABOS NO...

DAS WIRD SCHON LANGWEILIG:
2x TÄGLICH BERICHTE ÜBER DIE
AGONIE DES EURO

AUS...
GRÜND...
SUBDI...

DIE EU STELLT EINE BETTELGROUP AUF
DIE UNVERZÜGLICH NACH CHINA IN
MARSCH GESETZT WIRD

WIR
GEHÖREN
EIGENTLICH
NICHT DAZU EU...

SCHLAWIN...

WIRD NICHT SO EINFACH

WÄHRENDDESSEN
BEITET DIE REGIERUNG
SICH AN DER SCHULDENFRAGE

ESSEN
BREMSSE"
WIE WÄRS
MIT
SCHULDEN-
GASPEDAL?
SCHULDEN-
KUPPLUNG?
SCHULDEN-
AUTOMATIK?



KANNST DU JETZT
EINDE-
MANN ERREICHT AUF
NEN (ALLES ECHT)
UR 3,9 MILLIONEN

ORGANISATORISCHEN
EN WIRD DIE EU IN
VISIONS AUFGETEILT



IN WIEN FORMIERT SICH
EINE MÄCHTIGE PROTESTBEWEGUNG

DIE BÖRSE
IST IN DER
WALLNERSTRASSE

OCCUPY
BÖRSEGASSE



DIE GUTE NACHRICHT:
WEGEN KLIMAÄNDERUNG
BLEIBT DIE SCHNEE PRACHT AUS!
BÜRGERMEISTER HÄUPL STELLT
TAUSEND SCHNEEKANONEN AUF
ZUR "ERGÜTZUNG DER BEVÖLKERUNG"
(DIE GRÜNEN TÖBEN)



Sehr ambitioniert hat die Kampagne „Zeit für Menschlichkeit“ der GdG-KMSfB im Krankenanstaltenverbund begonnen. *Von Christine Rudolf.*

KEIN PLAN B?

A 14. September 2011 war der Auftakt hinter dem Rathaus und einige Zeitungen schrieben: „Sie ließen das Rathaus brennen“. In Wirklichkeit wählte man die spektakuläre Projektion auf die Hinterseite des Rathauses mit einem Bild aus Feuer und dem Spruch „Ausgebrannt“, um die Gefahr des Ausbrennens im Wiener Gesundheitsbereich aufzuzeigen. Und das kam an bei den Bediensteten des KAV vor Ort, aber auch beim Bürgermeister. Auf einmal war er gesprächsbereit und signalisierte, dass man die Probleme der Bediensteten ernst nehmen. Auch wenn die Berichterstattung in manchen Medien, beeinflusst durch die Stadtregierung wie man munkelt, nicht so fein war.

Nach dem Auftakt begann die Hauptgruppe 2 mit den geplanten Aktionswochen in den Häusern des KAV – um die KollegInnen über die Forderungen zu informieren und durchaus auch auf etwaige Kampfmaßnahmen einzustimmen. So gab es in der zweiten Oktoberwoche Dienststellenversammlungen und Verteilaktionen mit verschiedenen Motiven: es wurden „BotschafterInnen“ gesucht, welche die Infos verbreiten sollten. Rezepte wurden an die KollegInnen verteilt, mit denen sie sich, sofern sie mit den Forderungen einverstanden sind, bei ihrer Personalvertretung vor Ort ein Medika-

ment gegen die problematische Situation holen konnten (eine Schachtel mit Zuckerln). Auch Luftballons gab es und T-Shirts in verschiedenen Varianten, sowie Buttons mit Symbolen der verschiedenen Berufsgruppen, wahlweise mit lachendem oder ernstem Gesicht. Und eigentlich wären in der letzten Oktoberwoche Aktionen in der Öffentlichkeit geplant gewesen, um die PatientInnen und die Wiener Bevölkerung für die Forderungen zu sensibilisieren und Bewusstsein dafür zu erzeugen, dass eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung und Pflege nur mit genügend Personal, ausreichenden Ressourcen und passenden Rahmenbedingungen möglich ist – denn sonst stehe unser Gesundheitssystem vor dem Kollaps!

Dann passierte etwas Tolles – der große Erfolg, wie die Führung der Hauptgruppe 2 meint: Die Sparmaßnahmen, welche vor dem Sommer von der KAV-Direktion erlassen wurden (Stopp der Bewilligungen für Dienstreisen, Remunerationen, Beförderungen und Sonderurlaube, Nachbesetzungsstopp, Einschränkung der Fortbildungen sowie Freizeitausgleich statt Überstundenauszahlung), wurden vom KAV-Direktor am 12. Oktober zurückgenommen. Ja – ein Erfolg, keine Frage. Aber kein so grosser, weil diese Rücknahme nicht die Einsparungen von insgesamt 50 Millionen Euro betrifft, welche für die Häuser des KAV mit Anfang des Jahres erlassen wurden. Leider bedeuteten diese Vorgänge das (zumindest momentane) Aus für weitere Aktionen in der Öffentlichkeit im Rahmen der Gesundheitskampagne. Derzeit wird lediglich wieder, wie zu Beginn der Kampagne, eine Befragung im KAV durchgeführt, bei welcher die KollegInnen beantworten sollen, was sich

ändern muss, damit der „Druck“ wegfällt. Und trotzdem: Ärgerlich ist, dass seit dem „Erfolg“ in den Medien davon die Rede ist, dass „die Sparmaßnahmen im KAV“ zurückgenommen wurden, was so leider nicht stimmt. Aber wie kommen die Medien dazu, solche Behauptungen aufzustellen? Wurden sie schlecht informiert oder haben sie schlecht recherchiert? Wie auch immer... Wir haben unsere KollegInnen der KIV, welche die Kampagne und Aktionen nach ihren Möglichkeiten unterstützt haben, gefragt, wie die Stimmung in den Häusern nun ist und was die Aktionen bewirkt haben?

Als positive Reaktion wird gesehen, dass viele KollegInnen sensibilisiert wurden und sich nun offener über die Überlastungssituation zu reden trauen, sowie auch gemeinsam überlegen, was notwendig wäre, um ihre Situation zu verbessern.

Als negativ wurde allerdings empfunden, dass die Aktivitäten der Personalvertretungen unkoordiniert erscheinen. Viele KollegInnen vor Ort wissen, trotz Aktionen mit dem Ziel der Aufklärung und Information über die Forderungen der Kampagne, nicht, wohin der Weg gehen soll und wozu man das überhaupt macht. Viele KollegInnen fragen uns jetzt auch, warum es momentan so ruhig ist und warum es nun keine öffentlichen Aktionen gibt? Manche überlegen überdies, was aus der Frage im Rahmen der Fragebogenaktion im Vorfeld des Kampagnenstarts geworden ist, „Ja, ich bin bereit für die Rechte der Beschäftigten zu streiken!“, welche mit großer Zustimmung beantwortet wurde.

Wir haben in der Hauptgruppe 2 und bei den FSG-PersonalvertreterInnen nachgefragt, was passiert, wenn die momentan laufenden Verhandlungen



CHRISTINE RUDOLF
IST POLITISCHE
SEKRETÄRIN DER KIV.

zu keinem Ergebnis führen? Die öffentlichen Aktionen, so heißt es, liegen während der Verhandlungen zwar auf Eis, sind aber nach wie vor geplant, wenn notwendig. Trotzdem geben die KollegInnen der HG 2 verschiedene Antworten, wodurch bei uns der Eindruck der Uneinigkeit entsteht. Es scheint, als ob es keinen Plan B gäbe. Und Informationen über die laufenden Verhandlungsgespräche zwischen HG 2-Führung und KAV-Direktion gibt es leider auch im Moment keine – zumindest wissen wir nichts davon und die KollegInnen vor Ort in den Häusern leider auch nicht. Ein gefährliches Unterfangen, wenn man zuvor bei den KollegInnen so viele Erwartungen schürt! Die Gesundheitskampagne mit ihren Forderungen ist unterstützenswert, da damit die Gewerk-

schaftsführung innerhalb der Hauptgruppe 2 den Mut gezeigt hat, in der Öffentlichkeit gegen den Sparkurs der Rot-Grünen-Stadtregerung aufzutreten, die Überlastung und den Arbeitsdruck der KollegInnen zu thematisieren und die KollegInnen auch mit einzubeziehen.

Nur, wenn die Gewerkschaftsführung wirklich dazu bereit ist, Verbesserungen auch zu erkämpfen, dann darf sie die nun aufgerüttelten KollegInnen nicht allzu lange hinhalten und muss versuchen, über die Verhandlungen transparent zu informieren, damit die Stimmung nicht ins Gegenteil umschlägt. Wir brauchen eine Gewerkschaft, die zu wirklichen Kampfmaßnahmen für bessere Arbeitsbedingungen, bessere Einkommen und mehr Personal bereit ist.

Wir fordern von der Stadtregerung, dass mehr Geld für die kommunalen Spitäler und Geriatriezentren zur Verfügung gestellt wird und es keine weiteren Privatisierungen, Ausgliederungen bzw. Fremdvergaben geben darf. Außerdem fordern wir die Rücknahme der bereits durchgeführten Ausgliederungen und Fremdvergaben im kommunalen Gesundheitswesen, Personalbedarfserhebungen nur mit Mitsprache der betroffenen KollegInnen vor Ort, mehr Mitsprachemöglichkeiten der KollegInnen bei der Gestaltung und Arbeitsorganisation an ihrem Arbeitsplatz und eine deutliche Entlastung aller KollegInnen im KAV. Es ist nicht nur Zeit für Menschlichkeit – es ist Zeit für Gerechtigkeit!

Aus einer AUGÉ-Resolution zur AK-Vollversammlung Wien, Oktober 2011

Für eine ausreichende und nachhaltige Finanzierung von Pflege und Betreuung im kommunalen und privaten Gesundheits- und Pflegebereich

Die 156. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien unterstützt die Kampagne der Gewerkschaften GPA-djp und Vida „Für eine nachhaltige Pflegefinanzierung“ und die Kampagne der GdG-KMSfB Hauptgruppe 2 „Zeit für Menschlichkeit!“ mit dem Wiener Appell gegen geplante Einsparungen im Wiener Krankenanstaltenverbund, für eine Sicherstellung der notwendigen finanziellen Mittel und für mehr Personal. Die AK setzt sich gemeinsam mit den Gewerkschaften für die Umsetzung der Forderungen ein. Die 156. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien fordert die Stadt Wien und die politisch Verantwortlichen auf Bundesebene entsprechend ihrer Zuständigkeiten dazu auf, den Forderungen der Gewerkschaften im privaten und kommunalen Gesundheits- und Pflegebereich nachzukommen und dementsprechende Maßnahmen einzuleiten.

Die erwähnten Kampagnen der Gewerkschaften zeigen deutlich auf: Es ist an der Zeit, endlich für eine nachhaltige Sicherung, für den Erhalt und den Ausbau einer qualitativ hochwertigen Pflege und Betreuung in Wien und Österreich zu sorgen. Nicht durch vielfach unüberlegte Einsparungsmaßnahmen auf dem Rücken der Bediensteten, Beschäftigten und der betroffenen KlientInnen – sondern durch eine solidarische Finanzierung über vermögensbezogenen Steuern. (...) Keine weiteren Einsparungen auf Kosten des Personals und der PatientInnen im Wiener Krankenanstaltenverbund, sondern:

- Eine umfassende Verbesserung der Arbeitsbedingungen mittels einem breiten Angebot an betrieblicher Gesundheitsvorsorge, leistungsgerechter Entlohnung, einer Verringerung

des Arbeitsdrucks durch eine bessere Arbeits-Organisation und entsprechende Anerkennung und gesellschaftliche Neubewertung der Gesundheitsberufe.

- Eine gerechtere Verteilung der finanziellen Mittel: Mehr Personal in den Kranken- und Pflegeheimen zur Sicherstellung

der Qualität und für ausreichende Zeit zur intensiven und qualitativen Betreuung, medizinischen Versorgung und Pflege der PatientInnen und Pflegebedürftigen.

- Ausbau statt Abbau: tatsächliche Einsparungen bei Investitions- und Betriebskosten durch die im Wiener Spitalskonzept angestrebte Reduzierung und Zusammenlegung von Standorten sollen für mehr Personal verwendet werden!

- Verbesserte Organisation: Mehr Beschäftigte an der Basis und entsprechende Ressourcen, anstatt neue Posten im Top-Management zu schaffen!

- Mehr Zeit für die PatientInnen und Pflegebedürftigen statt immer mehr Schreibaufwand: Der Dokumentationsaufwand soll zugunsten von mehr (Betreuungs-)Zeit gestaltet werden.

- Dienstplanverlässlichkeit und eine deutliche Entlastung der Beschäftigten: für ausreichend Erholungs- und Freizeitphasen und eine wirkliche Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

- Mehr Aufmerksamkeit für den Menschen: Eine weitere Erhöhung der Patientenfrequenz durch Abbau der stationären Betten zugunsten von wochen- und tagesklinischem Betrieb.

Im Sinne der Beschäftigten und Bediensteten im kommunalen und privaten Gesundheits- und Pflegebereich in Wien sind wir es den von uns als Arbeiterkammer-RätInnen vertretenen KollegInnen schuldig, in der Öffentlichkeit und natürlich auch im sozialpartnerschaftlichen Dialog mit den politisch Verantwortlichen dieses Zeichen gemeinsam zu setzen: „Es ist Zeit für Menschlichkeit – denn soziale Arbeit ist mehr wert!“

Die Resolution wurde angenommen.



GEMEINSAM steigt wieder vermehrt in die Vorarlberger Gewerkschaftsarbeit ein.

Von Mario Lechner.

AUFBRUCHSTIMMUNG

GEMEINSAM ist bislang vor allem als Fraktion in der Arbeiterkammer-Vorarlberg aktiv. GEMEINSAM ist aber auch (wieder) eine anerkannte Fraktion im ÖGB-Vorarlberg. Dieser Arbeitsbereich soll nun sein Schattendasein beenden. Strategien, wie das gehen soll, hat der GEMEINSAM-Vorstand bei einer Klausur in Lingenau im Bregenzerwald entwickelt. Derzeit ist GEMEINSAM mit

- drei Betriebsräten in der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp, Vorarlberg) und
 - mit einem in der Produktionsgewerkschaft (Pro-Ge) vertreten.
- Diese GEMEINSAM-Betriebsräte sind Teil der AUGE/UG.

Weiters zählen neun PersonalvertreterInnen im Öffentlichen Dienst zur UGÖD (Unabhängige GewerkschafterInnen). Erklärtes Ziel des Vereins GEMEINSAM ist es, dass bei der Arbeiterkammerwahl 2014 mindestens 14

Betriebsratsmitglieder auf der GEMEINSAM-Liste antreten.

GEMEINSAM entstand 1993 mit dem Ziel, bei den AK-Wahlen 1994 erstmals anzutreten. Mit dabei waren von Anfang an auch Gewerkschaftsmitglieder und Betriebsräte. Der 1994 als erster GEMEINSAM-Kammerrat gewählte Mario Lechner war beispielsweise damals Betriebsratsvorsitzender im Sozialverein DOWAS. Folglich begann GEMEINSAM sich auch gewerkschaftlich zu orientieren. GEMEINSAM schloss sich kurz nach seiner Gründung der bundesweiten Alternativen Fraktion in AK und ÖGB an, die damals noch den Namen „GE – Gewerkschaftliche Einheit“ trug. GEMEINSAM war so dann auch bei der Umbenennung der GE zur „AUGE – Alternative und Grüne GewerkschafterInnen“ und beim Zusammenschluss mit den „UGÖD – Unabhängigen GewerkschafterInnen für mehr Demokratie“ in

der Gewerkschaft öffentlicher Dienst (GöD) und der Konsequente Interessenvertretung in der GdG-KMSfB (Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Kunst, Medien, Sport, freie Berufe) zur neuen ÖGB-Fraktion „UG – Unabhängige GewerkschafterInnen“ von Anfang an dabei.

Die Unabhängige GewerkschafterInnen waren und sind ein Bottom-Up-Projekt, ein Zusammenschluss von vielen Basis- und Betriebsgruppen mit jeweils eigener Geschichte, eigener Identität und eigenem Namen, was für NeueinsteigerInnen nicht immer leicht zu durchblicken ist, wie auch einige TeilnehmerInnen an der Klausur feststellen mussten. Mit Markus Koza, dem UG-Vertreter im ÖGB-Vorstand, hat sich GEMEINSAM einen kompetenten Referenten ins Land geholt, der es schafft, den Mitgliedern des GEMEINSAM-Vorstands einen ersten Durchblick zu verschaffen.

PASSIVES WAHLRECHT ERKÄMPFT, FRAKTIONSSTATUS VERLOREN

GEMEINSAM war in seiner Gewerkschaftsarbeit in den 1990er-Jahren schon weiter als heute: Sowohl im ÖGB als auch in der GPA-djp als Fraktion anerkannt und in der GöD, die sich bis heute beharrlich weigert, die UG als Fraktion anzuerkennen, mit FunktionärInnen vertreten. 1999 wurden KollegInnen mit türkischer Staatsbürgerschaft von der GEMEINSAM-Liste zur AK-Wahl gestrichen. In einem jahrelangen Rechtsstreit gelang es GEMEINSAM, das allgemeine passive Wahlrecht bei AK- und Betriebsratswahlen durchzusetzen. GegnerInnen in diesem zeit-, energie- und finanzaufwendigen Prozess waren die Mitglieder der AK-Hauptwahlkommission, fast alle Funktionäre und Angestellte von Gewerkschaften. Um nicht weiter die Prozessgegner mitfinanzieren zu müssen, traten die GEMEINSAM-AktivistInnen großteils aus den Gewerkschaften aus, womit dann auch der Fraktionsstatus verloren ging.

Vor der AK-Wahl 2009 stieß Can Bozgül zu GEMEINSAM. Er war und ist türkischer Staatsbürger, Betriebsrat bei Tridonic in Dornbirn und somit einer der Nutznießer des Kampfes um das allgemeine passive Wahlrecht. Seither entwickelt sich die GEMEINSAM-Gewerkschaftsarbeit wieder zaghaft. Die Klausur wird dieser Entwicklung nun den notwendigen Schub verleihen.

Die Gewerkschaftsarbeit ist mit der Klausur vom Rand ins Zentrum des Blickfelds gerückt. Die Vorstandsmitglieder haben die notwendigen Grundlagen erfahren. Die Strategien sind nun klar, die nächsten Schritte definiert und die strukturellen Weichen gestellt. In den nächsten Monaten wird GEMEINSAM intensiv mit Mitgliedern und SympathisantInnen in Kommunikation treten, um sie für das Projekt „GEMEINSAM in den Gewerkschaften“ zu gewinnen. Es gibt mit Sicherheit mehr als vier Betriebsratsmitglieder in Vorarlberg, die sich als alternativ, grün, links oder unabhängig verstehen und daher dazu zu gewinnen sind, eine Fraktionserklärung für die AUGÉ/UG zu unterschreiben. Weiters wird es in den nächsten Jahren gelingen, dass GEMEINSAM-AktivistInnen bei Personalvertretungs-, und Gewerkschafts-

und Betriebsratswahlen antreten – entweder auf Einheits- oder auf GEMEINSAM-Listen. So wird es gelingen, nicht nur im ÖGB-Vorarlberg, sondern auch in mehreren Gewerkschaften den Fraktionsstatus und damit Einfluss auf die Gewerkschaftspolitik zu erlangen.

GEMEINSAM UND DIE GRÜNEN

Für GEMEINSAM war immer klar, dass die Interessen der ArbeitnehmerInnen völlig frei und unabhängig von äußeren Einflüssen, sei es von UnternehmerInnen, von politischen Parteien oder von anderen Organisationen und Interessen zu definieren und zu vertreten sind. Dennoch – oder gerade deswegen – hatte GEMEINSAM immer ein freundschaftliches und kooperatives Verhältnis zu den Grünen. Einzelne GEMEINSAM-AktivistInnen waren und sind Mitglieder der Grünen. GEMEINSAM hat sich im Laufe der Entwicklung dann auch entschlossen, bei AK-Wahlen als „GEMEINSAM – Grüne und Unabhängige“ zu kandidieren. Bei AK-Wahlen soll das auch weiterhin so sein. Um aber in der Gewerkschaftsarbeit keinen Zweifel an der Unabhängigkeit und Bereichsautonomie der GEMEINSAM-AktivistInnen und GEMEINSAM-Gruppen in Betrieben und Gewerkschaften aufkommen zu lassen, werden die GewerkschaftlerInnen als „GEMEINSAM/UG“ auftreten, wobei das UG für die bundesweite ÖGB-Fraktion „Unabhängige GewerkschafterInnen“ steht. Die verbindende gemeinsame „Marke“ bleibt GEMEINSAM. Unabhängig davon, in welchem Bereich die AlternativgewerkschafterInnen in Vorarlberg auftreten, bleibt damit die Wiedererkennbarkeit erhalten.

Kontakt

– GEMEINSAM/UG (ÖGB-Fraktion), Can Bozgül (Vertreter der UG im ÖGB Landesvorstand), can.bozguel@ug-oegb.at, Mario Lechner (KIV/UG-Landessprecher), mario.lechner@kiv.at.

– Gemeinsam – Grüne und Unabhängige (AK-Fraktion), Sadettin Demir (Fraktionsvorsitzender), sadettin.demir@gruene.at.



ug-oegb.at

auge.or.at

kiv.at

ugoad.at

ug-vida.at

we4you-ug.at

Seit einigen Jahren setzt sich die
Privatisierung und Liberalisierung der Post ungebrochen fort.
Von Renate Vodnek.

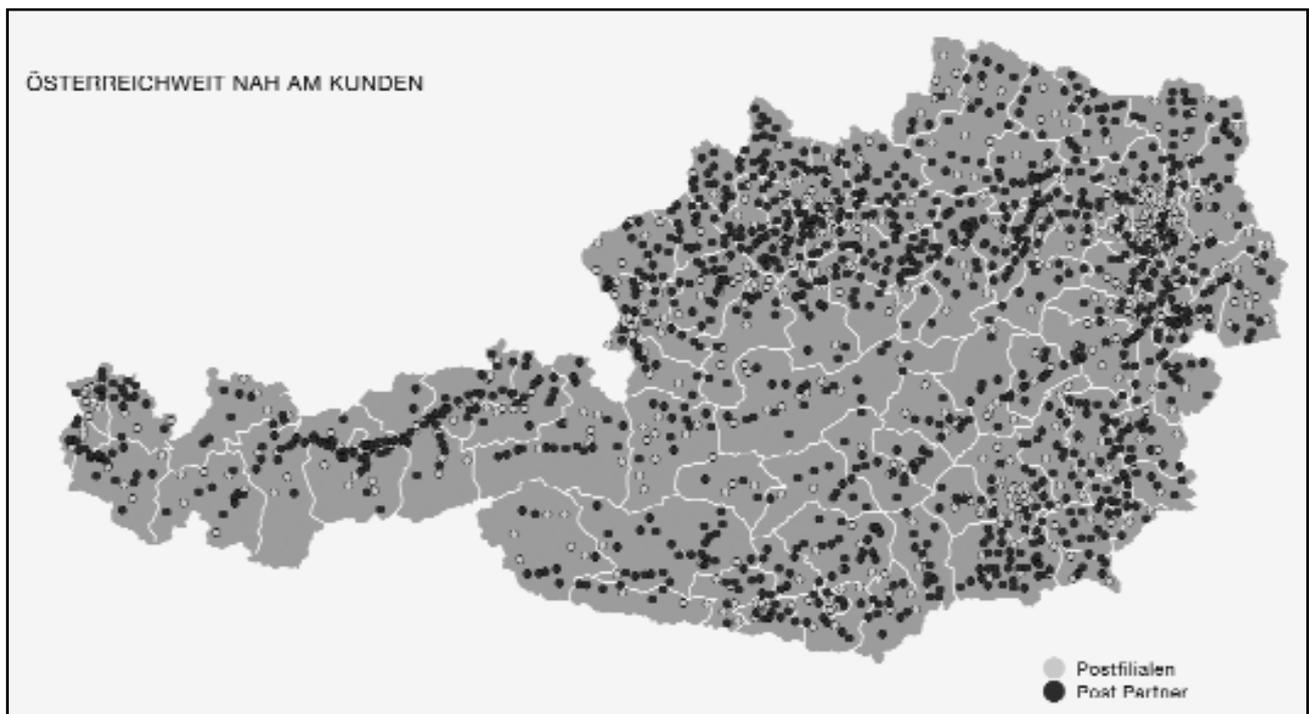
TRARI – TRARA – DIE POST WAR DA?

Motor dieser Entwicklung ist die EU-Liberalisierungspolitik, die schrittweise die Öffnung der Postmärkte vorgeschrieben hat. Seit 2011 ist in Österreich auch der Briefmarkt theoretisch liberalisiert. Der Zweck der Gemeinschaftspolitik ist laut Europäischer Kommission „den Binnenmarkt für Postdienste zu vollenden und durch einen geeigneten Regulierungsrahmen dafür zu sorgen, dass unionsweit allen Bürgern effiziente, zuverlässige Qualitätspostdienste zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung stehen“.¹

Wie zeigen sich diese „effizienten, zuverlässigen Qualitätspostdienste“? Seit 1999 wurde in Österreich jedes zweite Postamt geschlossen, mittlerweile gibt es bereits mehr Postpartner als Postämter (siehe Grafik „Österreichweit nah am Kunden“). Im Nachhaltigkeitsbericht der Post AG liest sich das so: „kundenorientierte Restrukturierung des Standort-

netzes“.² Das bedeutet: Schließung von Postämtern und Eröffnung von Postpartnern. Bis Ende 2012 über fünfzig Wiener Postämter geschlossen werden.

Die Ergebnisse betreffen Beschäftigte und KundInnen gleichermaßen. Lange Warteschlangen, weniger Postkästen, längere Wege zum nächsten Postamt, Ausdünnung der städtischen Infrastruktur und weniger Personal, Gehaltseinbußen oder schlechtere Arbeitsbedingungen sind zwei Seiten einer Medaille. Die Arbeiterkammer spricht von desaströsen Auswirkungen: „Viele private Paketdienstleister haben Geschäftsmodelle, mit denen sie das Arbeitsrecht umgehen. Die Folgen sind prekäre Arbeit, Scheinselbstständigkeit und Niedrigstlöhne. Mit einer Preisschlacht für kommerzielle Anbieter zwingen sie die Post, ebenfalls solche Praktiken einzusetzen“.³ Die Verlagerung der Postdienste auf die Post-



Quelle: Geschäftsbericht Post AG

partner sind kein geeigneter Ersatz: Die Arbeiterkammer Tirol stellt in einer Studie diesen ein schlechtes Zeugnis aus. Kritisiert werden zahlreiche Mängel wie Verschlechterungen der Dienstleistung, der fehlende Schutz der Privatsphäre, aber auch Umsatzverluste (bis zu achtzig Prozent⁴). Das einzige, das nach wie vor im Steigen ist, sind die Gewinne und Dividenden.

Anhand der Abbildung ist erkennbar, dass von 1999 bis 2009 jedes zweite Postamt geschlossen und das Personal um ein Drittel reduziert wurde. Gab es 1999 noch zweitausenddreihundert Postämter, sind davon weniger als tausend übrig. Selbst wenn die Postpartner miteinbezogen werden, stehen wir 2010 österreichweit bei insgesamt 1850 Post-Stellen – 733 Filialen und 1117 Postpartner. Interessanterweise berichtet der Nachhaltigkeitsbericht der Post AG freudig von einem dichten Netz – „dichter als mit 1650 Geschäftsstellen gesetzlich vorgeschrieben“.² Auf der anderen Seite ist im selben Zeitraum der Gewinn um fast das vierfache gestiegen. Die Bruttobezüge der Vorstandsmitglieder sind in den letzten fünf Jahren um etwa sechzig Prozent gestiegen, während die der Beschäftigten nur um drei Prozent erhöht wurden.⁴

Im Nachhaltigkeitsbericht von September 2011 tönt die Post AG vollmundig von einer Ausweitung der Versorgung sowie einer Förderung des Gemeinwohls und des gesellschaftlichen Engagements. Wie macht sich das bemerkbar? Peter Gross, Vorsitzender der „Personellen Interessensvertretung/Unabhängige GewerkschafterInnen“ (PIV/UG), hat davon noch nichts bemerkt: „Das muss sich um einen Irrtum handeln. Man schließt lieber Filialen als dass man sie ausweitet“ (Interview auf der nächsten Seite mit Peter Gross, November 2011).

Gleichzeitig steht im selben Bericht ein Ziel von einem bis zwei Prozent Umsatzwachstum pro Jahr und eine Steigerung des Gewinns vor Abschreibungen, Zinsen und Steuern (EBITDA) von zehn bis zwölf Prozent pro Jahr. Damit soll der Unternehmenswert gesteigert werden und eine attraktive Dividendenpolitik durchgeführt werden. Die attraktive Dividendenpolitik ist bemerkbar: Von 2007 bis 2009 wurde sogar mehr Dividenden ausbezahlt, als Gewinn erzielt wurde. In den letzten vier Jahren wurde somit in die Substanz des Unternehmens eingegriffen.

in Millionen Euro	2007	2008	2009	2010
Gewinn	123	119	80	118
Dividende	168	169	101	108
in % des Gewinns	137	142	126	91,53
EBIT ^{*)}	163	170	149	157

*) Gewinn vor Steuern und Zinsen.
Quelle: Geschäftsbericht Post AG

Der Post-Generaldirektor hält eine Kritik an der Dividendenpolitik für völlig unberechtigt und verweist auf 2,4 Milliarden Euro Umsatz. Dabei vergisst er anscheinend, dass sich die Höhe einer Dividende üblicherweise am Gewinn des Unternehmens orientiert und nicht an der Umsatzentwicklung. Weiters wird in der Regel ein Teil des Gewinns einbehalten und den Rücklagen zugeführt, um zum Beispiel



Investitionen zu finanzieren. Bei geschlossenen Postämtern sind aber natürlich keine Investitionen notwendig.

Immer deutlicher wird erkennbar, dass Liberalisierung und Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen und Gütern zu einem Debakel für Beschäftigte und KundInnen führen. Die PIV/UG fordert daher die Verbesserung der Lebensqualität am Arbeitsplatz, genügend Personal mit guten Verträgen und gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit (statt vier verschiedener Entlohnungsarten für Beamte, Angestellte, Bedienstete mit Sondervertrag und mit KV-Neu). Statt Ausgliederungen und Privatisierungen ist ein Ausbau und die Stärkung des Öffentlichen Dienstes notwendig. Postdienste dürfen nicht der Gewinnmaximierung der AktionärInnen dienen, sondern wie alle anderen kommunalen Dienste dem Gemeinwohl der Gesellschaft.

Literatur

- ¹ http://ec.europa.eu/internal_market/post/legislation_de.htm
- ² Nachhaltigkeitsbericht der Post AG 2010, September 2011, Seite 12
- ³ www.arbeiterkammer.com/online/postmarktgesetz-53068.html
- ⁴ Werkstatt-Blatt 2/2011, Seite 7

„Gehe ich in die Trafik, wenn ich Semmeln kaufen will?“

Seit mehr als einem Jahrzehnt macht die Post unter anderem mit Personalabbau und Postamtsschließungen von sich reden. Wir sprachen mit *Peter Gross*, Mandatar und Vorsitzender der PIV/UG, über die aktuelle Lage und die Arbeit der im Juli 2010 gegründeten „Personellen Interessensvertretung“. Bei der Wahl im August 2010 wurden die KollegInnen auf Anhieb zur drittstärksten Gewerkschaftsfraktion gewählt.

Es stehen derzeit wieder Postamtsschließungen auf der Tagesordnung – was für Auswirkungen erwartet ihr?

Viele KollegInnen werden versetzt oder „restrukturiert“ werden. Postpartner sind das neue Konzept der Post. Für den KundInnenkreis ist es ärgerlich, wenn sie kilometerweit zum nächsten Postamt fahren müssen. Abgesehen davon wird von den Postpartnern das Briefgeheimnis nicht so gewahrt wie am Postamt. Laut Post AG haben sich die Postpartner gut bewährt. Jedoch gehe ich in die Trafik, wenn ich Semmeln kaufen will?

Wie steht die Gewerkschaft zu Postamtsschließungen?

Grundsätzlich sind alle Fraktionen gegen Postamtsschließungen. Ein Konzept fehlt aber nach wie vor! Kürzlich gab es Streikdrohungen gegen Personalabbau, doch fehlt es an Mut, das auch durchzuführen. Das Unternehmen baut weiter Personal ab und die Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten (GPF) redet viel anstatt zu handeln.

Was ist die Position der UG PF?

Die UG PF steht für die Erhaltung jedes Arbeitsplatzes, wir treten strikt gegen Personalabbau sowie Auslagerungen und Schließungen ein. Unser Ziel ist eine Gewerkschaft, die wirklich etwas bewegt und den Abbau des Sozialstaates und unserer gewerkschaftlich erkämpften Rechte verhindert.

Welche Erfahrungen hast du mit dem Post-Arbeitsmarkt?

Das Konzept PostlerInnen zur Polizei bzw. ins Finanzministerium hat sich kaum bewährt. Das Personal wurde mehr oder minder finanziell geködert bzw. genötigt. Der Großteil ist wieder bei der Post angestellt! Der Personalabbau wird Jahr für Jahr weiter betrieben. Aktuell ist geplant, pro Jahr 800 Beamte und Vertragsbedienstete abzubauen. Billigeres Personal mit neuem Kollektivvertrag oder Leasingkräfte sind zukünftig gefragt denn je

bei der Post. Das heurige Jahr sieht für die Post gut aus, es gibt 110 Millionen Einnahmen. Vermutlich werden wieder wie die Jahre davor 86 Prozent an Dividenden ausgeschüttet. Die Belegschaft ist verunsichert. „Was passiert mit uns in den nächsten Jahren?“ ist die häufigste Frage. Burnout nimmt zu. Motivation? Früher war man stolz ein Postler zu sein. Das hört man heute kaum noch. Die großen Fraktionen gingen lieber faule Kompromisse ein statt zu handeln. Die GPF sieht immer noch zu, redet, beruhigt die MitarbeiterInnen statt ein richtiges Konzept auszuarbeiten.

Im Nachhaltigkeitsbericht der Post AG steht „Ausweitung der Versorgung und Förderung des Gemeinwohls und des gesellschaftlichen Engagement“ – was ist davon zu merken?

Das muss sich um einen Irrtum handeln. Man schließt lieber Filialen als dass man sie ausweitet. Kostenreduzierung passiert vor allem durch Personalabbau. Einsparungen sind Alltag. Das Unternehmen feilt so lange, bis das Ziel erreicht ist, koste es was es wolle. Quantität statt Qualität ist das Motto der Post. Es wird bald keine Postler mehr geben, die die Post zustellen. Vermutlich kann man sie dann selbst beim Postamt abholen.

Stichwort Liberalisierung und Privatisierung des Postmarkts – was für Auswirkungen sind sichtbar?

Die Auswirkungen sind: Mehr Druck auf das Personal. Es wird mehr Leistung gefordert und nur noch gewinnorientiert gehandelt. Es gibt massive Einsparungen. Ein gewinnorientiertes Dienstleistungsunternehmen sind wir schon lange, seit 1996, als die Post zur Aktiengesellschaft (AG) wurde. Eine verstaatlichte Post wäre flächendeckender und hätte mehr Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft. Wir brauchen ausreichende personelle Besetzung – nur durch ausreichenden Personalstand ist es möglich,

den wachsenden Anforderungen gerecht zu werden und die Lebensqualität am Arbeitsplatz zu verbessern. Weiters benötigen wir mehr eigenes Personal statt LeiharbeiterInnen. Außerdem müssen der Privatisierungswahn und die Ausgliederungen beendet werden. Der Trend zur Privatisierung und Ausgliederung führt zu Personaleinsparungen und erhöhten Leistungsdruck.

Was kann die UG innerhalb der Personalvertretung bewegen?

Durch das PersonalvertreterInnensystem mit der dreistufigen Hierarchie Vertrauenspersonalausschuss (VPA), Personalausschuss (PA) und Zentralausschuss (ZA) bei der Post ist es schwierig, etwas zu bewegen. Der VPA besteht aus den gewählten PersonalvertreterInnen im jeweiligen Betrieb, ist jedoch dem PA (Bundesländer Vertretung) und dem ZA (Österreichweit, wie Konzern-Betriebsrat) unterstellt. Der VPA steht zwar an vorderster Front bei der Belegschaft, ist aber völlig hilflos, wenn der Zentralausschuss bestimmt. Die UG wird leider in der GPF noch zu wenig ernst genommen. Das wird sich in den nächsten Jahren ändern. Laut einer Umfrage im Briefzentrum Wien sind wir die Zukunft.

Was sind eure Forderungen?

Unsere Forderungen sind: Lebensqualität am Arbeitsplatz; Basisorientierung statt Bonzendiktat; Modernes Dienstrecht; Anerkennung und Honorierung der Leistung („gebühren“ statt „gewähren“); Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit (nicht vier unterschiedliche Entlohnungsarten – Sondervertrag, Beamte, Angestellte und KV-Neu); Ausreichend Personal; Personelle Interessens Vertretung statt „faule“ Kompromisse; Ausbau und Stärkung des Öffentlichen Dienstes; Gegen Ausgliederung und Privatisierung; Teamarbeit statt veralteter Befehlshierarchien; Demokratisierung der Gewerkschaft und Personalvertretung.

Ein Zitat von Generaldirektor Pözl: „Die Post ist schon sehr schlank. Das muss so bleiben“ – was ist eure Antwort darauf?

Diäten führen oft dazu, schlank zu werden, dabei ist der berühmte Jojo-Effekt vorprogrammiert – das wünsche ich uns Postangestellten.



TOPS UND FLOPS

Seit gut neun Jahren untersucht sie, wie viel Österreichs Unternehmen an „ihren“

Beschäftigten verdienen, wie hoch also die Wertschöpfung der MitarbeiterInnen ist. Ausgewertet werden dabei die verfügbaren Jahresabschlüsse mittlerer und größerer Unternehmen. So auch für das Jahr 2010: Es wurden die verfügbaren Unternehmensergebnisse 880 mittlerer und größerer österreichischer Unternehmen (Bilanzsumme über 4,8 Millionen Euro, Umsatzerlöse größer als 9,68 Millionen Euro, über 50 Beschäftigte) mit insgesamt 467.166 Beschäftigten (rund 13,9 Prozent aller ArbeitnehmerInnen) analysiert. Der „Trend 2010: Produktivität der Beschäftigten ist top!“ Die Ergebnisse in aller Kürze:

- Die „Wertschöpfung“ pro Beschäftigter erreicht mit 97.484 Euro einen neuen Spitzenwert, wobei ein „Überschuss“ (Wertschöpfung minus durchschnittlicher Personalaufwand pro Beschäftigter) von 40.335 Euro ebenfalls einen neuen Rekord darstellt.
- Und: die Gewinnausschüttungen an die Eigentümer pro Beschäftigter bleiben auch in der Krise annähernd hoch und belastet die Jahresergebnisse in den Folgejahren schwer.

Die Produktivität pro Beschäftigter hat sich im Vergleich zu 2004 um 26,7 Prozent gesteigert. Der Personalaufwand je Beschäftigter – also der Anteil der ArbeitnehmerInnen an der Produktivitätssteigerung – ist mit einem Plus von insgesamt 12,9 Prozent um mehr als die Hälfte hinter der Produktivitätsentwicklung zurückgeblieben! Im Vergleich zum Vorjahr hat sich von 2009 auf 2010 die Wertschöpfung pro ArbeitnehmerIn um 5,9 Prozent erhöht, der Personalaufwand im gleichen Zeitraum dagegen um nur 3,7 Prozent. Der Personalaufwand 2010 in absoluten Zahlen: 57.119 Euro. Der produzierte „Überschuss“ (die gesamte Wertschöpfung abzüglich des Personalaufwands) hat 2010 einen neuen Spitzenwert von Euro 40.335 erreicht – um 53 Prozent mehr als noch 2004. Die AK-OÖ-Untersuchung:

Die oberösterreichische Arbeiterkammer hat ihren Wertschöpfungsbarometer für 2010 präsentiert.

„Anders ausgedrückt: Die 2010 untersuchten Unternehmen erwirtschafteten pro ArbeitnehmerIn einen um durchschnittlich 53 Prozent höheren Ertrag als im Jahr 2004.“ Die gesamte Wertschöpfung einer unselbständig Beschäftigten lag 2010 um 70 Prozent höher als der anfallende Personalaufwand und liegt damit über dem Niveau des Boomjahres 2007 (Gesamtwertschöpfung: 92.258, Anteil Personalaufwand: 55.125, Überschuss: 37.133). Anhaltend hoch sind auch die Gewinnausschüttungen an die Eigentümer pro Beschäftigter geblieben. Zwar wurde der Rekordwert des Jahres 2008 (15.884 Euro) auch 2010 nicht erreicht, doch liegt dieser mit 12.334 Euro ausgeschütteter Gewinn je Eigentümer pro Beschäftigter deutlich über jenem des Jahres 2004 (8359 Euro). „Da der erwirtschaftete Überschuss vor allem zur Befriedigung der Kapitalinteressen der EigentümerInnen und nicht zur nachhaltigen Verbesserung des Eigenkapitals und der Liquidität der Unternehmen genutzt wurde, ist die Forderung nach angemessenen Lohn- und Gehaltserhöhungen jedenfalls legitim.“ Was allerdings die Untersuchung auch zeigt: Die Jahr für Jahr beschlossenen hohen Gewinnausschüttungen an die EigentümerInnen bedeuten für die Folgejahre massive Belastungen für die Jahresergebnisse. Angesichts hoher Ausschüttungsvolumina bleiben Investitionen dramatisch zurück. Die Investitionsneigung – das prozentuelle Verhältnis der Sachinvestitionen zum Wertverlust der Sachanlagen, also den „Abschreibungen“ – ist um mehr als 22 Prozent-Punkte zurückgegangen. Für die AK ein

„Alarmsignal“. Denn: „Der dahinter stehende Rückgang der Sachinvestitionen stellt eine existenzielle Gefährdung des Fortbestandes von Unternehmen und Arbeitsplätzen dar und verschlechtert die internationale Position der österreichischen Unternehmen.“

Zumindest in einem Punkt dürften die Unternehmen aus der Krise die entsprechenden Lehren gezogen haben: Sinken schon die Investitionsvolumina, ist zumindest der Anteil der Finanzinvestitionen im Verhältnis zu den Gesamtinvestitionen rückläufig. Wurden 2009 noch 47,86 Prozent aller Investitionen in Finanzprodukte (Beteiligungen, Wertpapiere etc.) getätigt, beläuft sich dieser Anteil 2010 auf



Quelle: AK-Bilanzdatenbank, AK-Wien in Kooperation mit AKÖ

31,20 Prozent. Angesichts der sonstigen Untersuchungsergebnisse allerdings nur ein schwacher Trost.

Für die oberösterreichische Arbeiterkammer zeigt sich jedenfalls abschließend, „... dass sich die Verteilungsschieflage weiter deutlich verfestigt hat. Mehr denn je müssen die Unternehmen in die Pflicht genommen werden und einen gerechten Beitrag zum Gemeinwohl durch faire Löhne, Überstundenabbau und Arbeitszeitverkürzung bei Lohn und Personal leisten.“

Linktipp

Arbeiterkammer-Oberösterreich: AK-Wertschöpfungsbarometer, Neuer Rekord bei der Wertschöpfung pro Mitarbeiter. Alle Unterlagen zur Pressekonferenz am 14. November 2011 unter www.arbeiterkammer.com/online/produktive-mitarbeiter-64296.html downloaden.

10 JAHRE „CONNECTING PEOPLE“

Man läuft mit den anderen mit und hat große Angst“, erklärt Mohammad der österreichischen Journalistin Teresa Arrieta. So begann Mohammads Flucht, die ihn Jahre später nach Österreich bringen sollte. Zuerst in die Schubhaft, dann nach Traiskirchen und schließlich in eine Betreuungsstelle für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Minderjährige Flüchtlinge, die wie Mohammad ohne Eltern nach Österreich kommen, dürfen Deutsch lernen, einen Hauptschulabschlusskurs besuchen und werden auch sonst intensiver betreut als Erwachsene. Mit dem Erreichen der Volljährigkeit ist damit allerdings meistens Schluss. Dass Mohammad die damals begonnene HTL weiter besuchen kann, verdankt er seiner Patin Helga. Kennengelernt hat er sie im Rahmen des Patenschaftsprojekts „connecting people“, eines Projekts der „asylkoordination österreich“. Mohammad ist einer von über zweihundert jungen Flüchtlingen, die auf diese Weise jemanden gefunden haben, die sich besonders um sie kümmern. Die von connecting people vermittelten Patenschaften sollen den Flüchtlingsjugendlichen emotionalen Halt geben und einen guten Start in die österreichische Gesellschaft ermöglichen.

Staatspreis an das Paten-Projekt für unbegleitete junge Flüchtlinge.

Das Patenschaftsprojekt „connecting people“ feiert heuer sein zehnjähriges Bestehen. Jedes Jahr werden zwei Patengruppen mit bis zu vierzig neuen Patenschaften vermittelt. Bevor die Patinnen und Paten „ihre“ Jugendlichen kennen lernen, durchlaufen sie eine Schulung, die einen Einblick gibt in die Rahmenbedingungen und Problematiken – rechtliche, soziale, psychische, mit denen die Jugendlichen konfrontiert sind. „connecting people“ vernetzt die Patenschaften zum Erfahrungs- und Informationsaustausch und bleibt auch weiter Anlaufstelle für alle Fragen und Probleme, die im Verlauf einer Patenschaft auftauchen können.

Das Interesse an Patenschaften ist erfreulich hoch, leider mangelt es aber an den nötigen finanziellen Mitteln. Trotz vieler positiver Medienberichte, ausgezeichneter externer Evaluation und der Verleihung der „Sozialmarie“ (einem Preis für innovative Sozialprojekte) muss das Projekt jedes Jahr ums Überleben kämpfen. Spenden Sie für „connecting people“, damit wir uns

nicht den Kopf zerbrechen müssen, wie wir Geld auftreiben, sondern unsere gebündelte Energie auf die Kernkompetenz – nämlich das Ausbilden von PatInnen und das Zustandekommen von funktionierenden Patenschaften – richten können. **Spendenkonto: asylkoordination österreich, Kontonummer 01810665749, LZ 14000 (BAWAG), Verwendungszweck: connecting people. Sie möchten mehr erfahren, Patin/Pate werden? Bitte informieren Sie sich unter connectingpeople.at.**

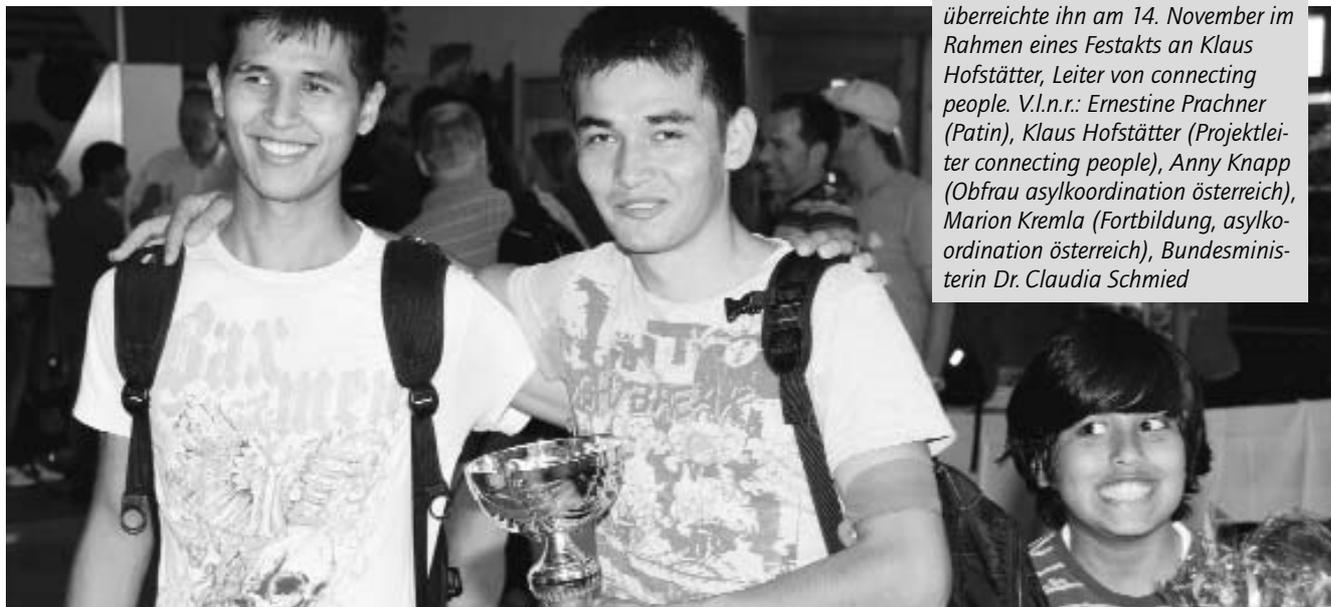
Buchtipp

Well. Come! Literarische und fotografische Porträts von jugendlichen Flüchtlingen und ihren Patinnen und Paten. Mandelbaum-Verlag, November 2011, ISBN 978-3854763710.



© Oreste Schaller

„connecting people“ erhielt den Staatspreis für Erwachsenenbildung 2011 in der Kategorie Freiwilligentätigkeit, vergeben vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur. Ministerin Claudia Schmied überreichte ihn am 14. November im Rahmen eines Festakts an Klaus Hofstätter, Leiter von connecting people. V.l.n.r.: Ernestine Prachner (Patin), Klaus Hofstätter (Projektleiter connecting people), Anny Knapp (Obfrau asylkoordination österreich), Marion Kremka (Fortbildung, asylkoordination österreich), Bundesministerin Dr. Claudia Schmied



© Jürgen Dornauer



Filmtipp: Der Prozess

Der Film von Gerald Igor Hauzenberger handelt vom Prozess gegen 13 TierschützerInnen, die nach dem sogenannten Mafia-Paragraf 278a angeklagt wurden. Ihnen wurde die Bildung einer kriminellen Organisation vorgeworfen. Dadurch bekam eine Sonderkommission (SOKO) bereits 2007 weitreichende Ermittlungsbefugnisse, wie Videoüberwachung, Abhörmaßnahmen oder E-Mail- Auswertung. Trotz 5 Millionen Steuergeldern für die Ermittlungstätigkeit der SOKO wurden keine Beweise gefunden – der Prozess endete schließlich mit einem Freispruch in allen Punkten. Wer nun glaubt, dass damit die Sache erledigt ist, irrt. Viele der AktivistInnen stehen wegen der Prozesskosten vor dem finanziellen Ruin. Außerdem überlegt die Staatsanwaltschaft noch, ob sie nicht Berufung einlegen will – was auf der einen Seite weitere Prozesskosten bringen würde und auf der anderen Seite die Ungewissheit für die Angeklagten verlängert. Handelt es sich also um einen Musterprozess gegen zivilen Ungehorsam? Müssen alle, die sich aktiv in einer NGO engagieren, fürchten, als Mitglied einer terroristischen Organisation angeklagt zu werden? Der Filmmacher Gerald Igor Hauzenberger begleitete einen der größten Prozesse der Republik mit der Kamera. Thimfilm-Verleih und Framelab-Filmproduktion, www.derprozess.com, Seit 25. November 2011 im Kino (siehe www.film.at).

SCHÖN, WENN SICH IN ZUKUNFT ANDERE UM ALLES KÜMMERN.

2,75% P.A. FIX BIS 31.12.2012

DAS GUTE AUSSICHTEN SPARBUCH

Die Sparform für Bequeme.
Lassen Sie uns für Sie arbeiten. Mit dem Gute Aussichten Sparbuch, das automatisch darauf schaut, dass Sie auch nach 2012 garantiert immer attraktive Marktzinsen kassieren*.

Mitten im Leben.
www.mitten-im-leben.at

BAWAG PSK

*) Gesamtlaufzeit fünf Jahre, nach 2012 werden die Zinsen indikatorgebunden einmal pro Jahr angepasst.



JETZT ALS APP.

Die AK App mit Bankenrechner, Brutto-Netto-Rechner und Metis, Ihre Beraterin für Arbeitsrecht. Jetzt erhältlich im App Store und Android Market.

apps.arbeiterkammer.at



GERECHTIGKEIT MUSS SEIN

Gemeinsam stärker!

www.gdg-kmsfb.at

Gewerkschaft der Gemeindebediensteten - Kunst, Medien, Sport, freie Berufe
Maria-Theresien-Straße 11, 1090 Wien
Tel.: (01) 313 16 - 8300, E-Mail: info@gdg-kmsfb.at